



## Wessen Europa?

Dieser Staatenbund rüstet auf, hat in seinem Innern ein radikales Marktregime etabliert und riegelt seine Grenzen hermetisch ab. Zum Charakter der realexistierenden EU und den Aussichten für ihre Veränderung. Von Gregor Schirmer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 19. NOVEMBER 2018, NR. 269 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Gefesselt

»Brexit« ade? Brüssel versucht, London dauerhaft in eine Zollunion mit der EU zu zwingen

3

### Gerüstet

Knarren für Bolsonaro: Berlin lehnt pauschalen Rüstungsexportstopp nach Brasilien ab

4

### Geträumt

Sehr unterschiedlich setzen sich drei Filme mit versunkener Rock- und Popkultur auseinander

11

### Gescheitert

Paul Glier liefert fundierte Argumente gegen Regierungsbemühungen von Linksparteien

15

# Schnauze voll von Macron

Frankreich: Der Volkszorn trifft Präsidenten. Mehr als 2.000 Protestaktionen gegen Verlust der Kaufkraft und höhere Benzinpreise. Von Hansgeorg Hermann, Paris

Ob es 125.000, eher 250.000 oder gar eine halbe Million Demonstranten waren, wird wohl schwer festzustellen sein. Sicher ist, dass die Franzosen am Sonnabend gegen die neoliberale Politik ihres Präsidenten Emmanuel Macron protestiert haben. Mehr als 2.000 Aktionen über das ganze Land verteilt – eine von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung unterstützte Kundgebung in gelben Sicherheitswesten, die sich nur vordergründig gegen die für Januar geplante Erhöhung der Benzinsteuer richtete. Der Tenor aus den vielen Straßeninterviews der Fernsehstationen: »Nous en avons ras le bol!« – Wir haben die Schnauze voll!

Die Proteste, bei der eine Frau nahe Grenoble bei einem Unfall ums Leben kam, wendeten sich nicht nur gegen den geplanten Anstieg der Steuern auf Sprit, sondern gegen all die sogenannten Reformen des Staatschefs, dessen absolute Parlamentsmehrheit nur noch abnickt, was in den vergangenen einhalb Jahren aus den oberen Regierungsetagen angeordnet wurde: ein neues, unternehmerfreundliches Arbeitsrecht, die teilweise Privatisierung der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF, die zum Teil schon erfolgte Streichung von bis zu 120.000 Stellen im öffentlichen Dienst, der erschwerte Zugang zu den Universitäten, der Bau eines teuren Schwimmbades für den präsidentialen Sommersitz an der Côte d'Azur, der Einkauf von neuem Geschirr für den Élysée-Palast im Wert von rund 20.000 Euro, die wachsenden Milliardenkosten für die Kriegseinsätze.

Was Demoskopien und Sozialwissenschaftler wie Jean-Marie Pernot vom Pariser Institut für Wirtschaft und Soziales (IRES) am Wochenende am meisten erstaunte, war der »unüberseh-



Lebensgefährliche Aktion: Ein Autofahrer durchbricht eine Straßenblockade in der Gemeinde Donges (17.11.2018)

bare Erfolg« einer reinen, von Parteipolitik unberührten Protestbewegung, der kein Organisationsapparat zur Verfügung stand. Macrons Innenminister Christophe Castaner hatte am Sonnabend nachmittag verbreiten lassen, lediglich rund 125.000 »Gilets jaunes« (gelbe Westen) hätten Verkehrsknotenpunkte und wichtige Fernstraßen des Landes blockiert; wenige Stunden später verdoppelten die Behörden die Zahl auf 240.000 Demonstranten.

»Die Frage ist«, sagte Pernot dem Internetportal *Challenges* danach, »wie das Ministerium auf diese Zahlen kam. Auf jeden Fall kann man sagen, dass die Beteiligung beachtlich war. Wenn man

es mit den Gewerkschaften vergleicht, dann kam diese Bewegung sozusagen aus dem Nichts.«

Ausgelöst hatte den Protest eine neue Benzinsteuer, eine weitere Entscheidung Macrons ohne demokratisches Geplänkel im Parlament. Es folgte eine Drohung gegen eventuellen Protest auf der Straße: Wer es wagen sollte, die »freie Fahrt« zu blockieren, müsse mit zwei Jahren Gefängnis und/oder 4.500 Euro Geldstrafe rechnen, warnte Premierminister Édouard Philippe.

Das vorläufige Ergebnis des landesweiten Widerstands: Eine Welle gelber Schutzwesten flutete am Sonnabend bis vor die Tore des Präsidentenpalastes.

Ein Meer von Unzufriedenen, dessen Pegel – so hofft es die Opposition und so fürchtet es Macron – in den kommenden Monaten ansteigen und neue Aktionen nach sich ziehen könnte.

Macron richte dabei, sagten die Demonstranten den Journalisten, seine Sozialpolitik nur nach der eventuellen Profitrate aus. Dass die Regierung die Bewegung kleinreden wollte, hielt Jean-Luc Mélenchon, der Wortführer der parlamentarischen Linken, für höchst bedenklich: »Die Franzosen haben zu Millionen gesehen, wie hier Zahlen manipuliert wurden. Das ist die Schule, in der man lernt, der Staatsmacht zu misstrauen.«

## Theresa May verteidigt ihre Führungsrolle



London. Die britische Premierministerin Theresa May hat im Streit über den Vertrag zum Austritt des Landes aus der Europäischen Union vor einem Putsch in ihrer Konservativen Partei gewarnt. Ein Führungswechsel würde die Verhandlungen mit Brüssel nicht einfacher machen und auch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht verändern, erklärte May in einem Interview mit dem Sender *Sky News* am Sonntag.

Unterdessen warf der zurückgetretene »Brexit«-Minister Dominic Raab der Regierungschefin schwache Verhandlungsführung vor. May habe der EU nicht glaubwürdig damit gedroht, notfalls ohne Abkommen auszuscheiden. »Wenn wir diesen Deal nicht zu vernünftigen Konditionen abschließen können, müssen wir sehr ehrlich sein mit dem Land, dass wir uns nicht bestechen und erpressen oder drangsaliieren lassen und wir unserer Wege gehen werden«, sagte Raab in einem Interview mit der *Sunday Times*.

(dpa/JW)

■ Siehe Seite 3

## Innenministerium will schneller abschieben

Berlin. Mit einer Reihe von Maßnahmen will das Bundesinnenministerium Abschiebungen erleichtern und beschleunigen. Das Ressort bestätigte am Sonntag unter anderem Pläne für eine größere Auslastung bei Abschiebeflügen und ein Chipssystem zur Kontrolle von Asylbewerbern. Zunächst hatte ein Ministeriumssprecher einen entsprechenden Bericht der Bild am Sonntag dementiert und lediglich erklärt, es werde an einem Gesetzentwurf gearbeitet, um die Durchsetzung der Ausreisepflicht zu verbessern. Zu den Vorschlägen, die den Ländern vorgelegt wurden, zählt laut Ministerium eine Ausweitung der nächtlichen Meldepflicht. Damit soll sichergestellt werden, dass ausreisepflichtige Ausländer von den Behörden tatsächlich angetroffen werden. Bei Verstößen gegen die Anzeigepflicht kann Haft angeordnet werden. (AFP/JW)

# USA lassen APEC-Gipfel platzen

Washington erhöht Druck auf China. Erstmals keine gemeinsame Abschlusserklärung

Erstmals in der Geschichte der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) ist ein Gipfeltreffen ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Die 21 Mitgliedsstaaten konnten sich am Sonntag in Papua-Neuguineas Hauptstadt Port Moresby nicht auf einen gemeinsamen Text einigen.

US-Vizepräsident Michael Pence hatte zu Beginn des Gipfels Anschuldigungen gegen die chinesische Regierung erhoben. Er warnte kleinere Länder, Kredite aus der Volksrepublik aufzunehmen. Die Bedingungen für die

Darlehen seien »undurchsichtig«. Der chinesische Präsident Xi Jinping sagte am Samstag, nach seiner Überzeugung gebe es »keine Streitigkeiten, die Länder nicht durch Konsultation beilegen können«. Voraussetzung sei allerdings, dass die Gespräche in einem Geist der »Gleichberechtigung« und des »gegenseitigen Verständnisses« stattfänden.

Australiens Ministerpräsident Scott Morrison verwies darauf, dass weitere Staaten von den Auseinandersetzungen berührt würden: »Wir sind Zeugen eines zunehmenden Handelsprotektionismus, der mit Finanzmarkt-

schwankungen in einigen Schwellenländern einhergeht.« Malaysias Regierungschef Mahathir Mohamad warnte vor wachsender Ungleichheit im Zuge der Globalisierung: »Die Vorteile eines freien und fairen Handels und des wirtschaftlichen Zusammenwachsens sind geplatzt. Das zeigen der Brexit und die Handelskriege zwischen großen Wirtschaftsmächten«, sagte er.

Entscheidend für das Scheitern des Gipfels waren die unüberbrückbaren Differenzen bei den Positionen der beiden größten Volkswirtschaften über die Ausrichtung der Welthandelsorgani-

sation (WTO), wie Papua-Neuguineas Regierungschef Peter O'Neill als Ausrichter des Treffens sagte.

Das APEC-Treffen gibt einen Vorgeschmack auf den G-20-Gipfel in Argentinien Ende November, bei dem die Forderung der US-Regierung nach einem neuen Regelwerk für die WTO erneut verhandelt werde soll. US-Präsident Donald Trumps erklärtes Ziel ist es, in der Institution härtere Sanktionen gegen die staatlich organisierte Wirtschaftspolitik Chinas durchzusetzen. (AFP/JW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

**jW** wird herausgegeben von 2.135 Genossinnen und Genossen (Stand 12.10.2018)  
 www.jungewelt.de/lpg

